

3. Armut im deutschen Sozialstaat

DOROTHEE SPANNAGEL

Armut ist eine Herausforderung für den Sozialstaat. Sie zu bekämpfen ist das »Minimalziel« (Ullrich 2005, S. 117) sozialstaatlicher Politik. Wer in Armut lebt, kann nicht in vollem Maß am wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Leben teilhaben. Er ist aufgrund seiner Armut aus der Gesellschaft ausgeschlossen – mal mehr, mal weniger je nachdem, wie lange die Armut bereits andauert und über welche anderen Ressourcen wie z.B. ein großes soziales Netzwerk eine Person verfügt, um die Folgen der Armut zumindest teilweise zu kompensieren. Der deutsche Sozialstaat zielt darauf ab, jedem Bürger die volle wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Teilhabe zu ermöglichen. Die politische Aufgabe diese soziokulturelle Existenzminimum zu garantieren leitet sich aus dem Anspruch der unantastbaren Menschenwürde ab (Hinrichs 2008, S. 202). Wo dieses Existenzminimum gefährdet ist, etwa weil eine Person arbeitslos wird, greift das System der sozialen Sicherung. Neben Versicherungsleistungen, wie etwa der Rente, umfasst dieses die Leistungen der steuerfinanzierten Grundsicherung, die jedem Bürger unabhängig von erbachten Versicherungsleistungen qua Staatsbürgerschaft zusteht. Das Grundsicherungssystem ist das sozialpolitische Instrument, das in letzter Instanz all jenen das soziokulturelle Existenzminimum sichern soll, die dies nicht aus eigener Kraft können. In Deutschland ist die Grundsicherung dreigliedrig aufgebaut: Die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (das Arbeitslosengeld II, umgangssprachlich Hartz IV genannt) ist das größte Grundsicherungsinstrument. Die Sozialhilfe nach Sozialgesetzbuch XII wiederum ist das grundlegendste System, das letzte soziale Netz, das sich in die Hilfe zum Lebensunterhalt und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gliedert. Die dritte Säule ist die Grundsicherung für Asylbewerber.

Das soziokulturelle Existenzminimum

Der Regelsatz zur Sozialhilfe, der im Sozialgesetzbuch XII festgelegt ist, definiert, wie viel das soziokulturelle Existenzminimum finanziell wert ist. Dieser Regelsatz betrifft aber nicht nur die sehr geringe Anzahl an Sozialhilfeempfängern, sondern auch all jene, die Arbeitslosengeld II beziehen. All diesen Menschen wird, je nach Grad der Bedürftigkeit, von staatlicher Seite die kompletten Kosten für Unterkunft und Heizung (bis zu einer bestimmten Höhe) sowie der volle Regelsatz von derzeit 416 Euro im Monat für eine alleinlebende Person gezahlt. In einigen Fällen, etwa für Schwangere, werden Sonderbedarfe gewährt. Solche staatlichen Transfereinkommen dienen direkt dem Ziel, Armut zu bekämpfen und den Armen die volle gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern. Allerdings gelingt dies, wie wir im Folgenden sehen werden, nur bedingt.

Was ist Armut?

Armut ist ein normatives Konzept, dessen Verständnis sich im Lauf der Zeit stark gewandelt hat. Lange wurde Armut mit lebensbedrohlicher Not gleichgesetzt. Die Armen waren diejenigen, denen es an dem mangelte, was man zum Überleben braucht, die sich etwa nicht genügend zu essen leisten konnten. Dieses abso-

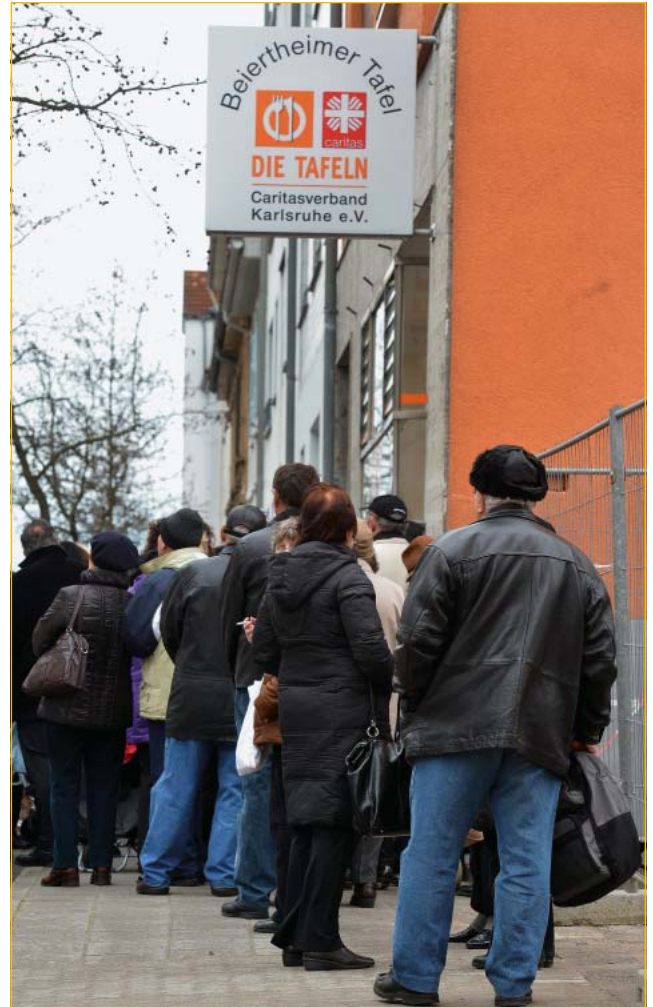


Abb. 1 »Vor dem Beiertheimer Tafel-Laden in Karlsruhe stehen am 7.2.2014 Menschen Schlange. Die Tafeln versorgen arme Menschen mit Lebensmitteln, die sonst weggeworfen würden.«
© Uli Deck, dpa, picture alliance

lute Armutskonzept gilt heute als überholt. Es hat sich ein relatives Verständnis von Armut durchgesetzt, das am sogenannten soziokulturellen Existenzminimum orientiert ist. Als arm gilt demnach, wer nicht, oder nur sehr eingeschränkt, am wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben einer Gesellschaft teilhaben kann. Dieses Verständnis zeigt sich sehr deutlich am Armutskonzept der Europäischen Union. Da heißt es: »Arm sind Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist.« (Europäischer Rat 1984, S. 1).

Relative Armut wird üblicherweise als Einkommensarmut gemessen und über das Nettoeinkommen erfasst, das einem Haushalt nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben zuzüglich aller Transferzahlungen wie etwa Kindergeld oder Renten zur Verfügung steht. Arm ist also eine Person, die in einem Haushalt lebt, dessen Einkommen so niedrig ist, dass es das soziokulturelle Existenzminimum unterschreitet.

Abb. 2 Regelsatz Hartz IV: Arbeitslosengeld II (§ 20 SGB II) / Sozialhilfe (§ 28 SGB XII)

ALG II Eckregelsatz (Single-Haushalt)	100 %	416 €
Partner in der Bedarfsgemeinschaft	90 %	374 €
18- bis 24-jährige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft (= volljährige Kinder)	80 %	332 €
15- bis 17-jährige angehörige Kinder der Bedarfsgemeinschaft	75 %	316 €
Kinder ab 6 bis einschließlich 13 Jahre	70 %	296 €
Kinder bis einschließlich 5 Jahre	60 %	240 €

Die Kosten für Unterkunft und Heizung werden grundsätzlich in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen erbracht, soweit sie angemessen sind. Das Jobcenter orientiert sich dabei am örtlichen Niveau der Mieten auf dem Wohnungsmarkt. Die Regelsätze werden jährlich überprüft und fortgeschrieben. Die Fortschreibung der Regelbedarfe wird anhand eines Mischindex errechnet. Dieser setzt sich zu 70 Prozent aus der Preisentwicklung und zu 30 Prozent aus der Nettolohnentwicklung zusammen.

© ugl.: www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/09/2017-09-06-neue-regelsaetze-grundsicherung-2018.html



Abb. 4 »Armut hat immer Konjunktur«

© Heiko Sakurai 29.10.2014

Abb. 3 Zusammensetzung des Regelsatzes

Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	145,04 €
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	39,91 €
Nachrichtenübermittlung	37,20 €
Wohnen, Energie, Wohninstandhaltung	36,89 €
Bekleidung, Schuhe	36,45 €
Verkehr	34,66 €
Andere Waren und Dienstleistungen	32,99 €
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	25,64 €
Gesundheitspflege	15,80 €
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	10,35 €
Bildung	1,06 €
Gesamt	416 €

© ebenda sowie www.gegen-hartz.de/hartz-iv-regelsatz-regelbedarf

Wo genau diese Grenze liegt, lässt sich nicht objektiv beantworten, die Grenzziehung beinhaltet immer auch normative Aspekte. Als konkreter Schwellenwert hat sich inzwischen die 60 Prozent-Median-Armutsgrenze durchgesetzt:

Eine Person gilt demnach als arm, wenn sie in einem Haushalt lebt, der über weniger als 60 Prozent des äquivalenzgewichteten Medianeinkommens verfügt, also des Einkommens, das genau in der Mitte liegt, wenn man alle Einkommen der Größe nach anordnet. Im Jahr 2016 lag dieses mittlere Einkommen für eine alleinlebende Person bei 1.615 € im Monat. Für eine Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren waren es 3.392 €. Die Armutsgrenze lag demnach bei 969 € im Monat (Alleinlebende) bzw. bei monatlich 2.035 € (Familie mit zwei Kindern unter 14 Jahren) (www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_armutsgrenze.pdf). Der Bevölkerungsanteil, der unterhalb dieser Grenze lebt, ergibt die Armutsquote.

■ Wieviel Armut gibt es in Deutschland?

Zurzeit sind 15,7 Prozent der Deutschen von Einkommensarmut betroffen; mehr als jeder sechste Deutsche lebt also in Armut (www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_armutsquoten.pdf). Insgesamt ist die Zahl der Einkommensarmen in den letzten Jahrzehnten angestiegen und dies vor allem zwischen Mitte der 1990er und der zweiten Hälfte der 2000er Jahre (*Spannagel 2017b, S. 82f*): Zu Beginn der 1990er Jahre waren etwas mehr als 11 Prozent der Deutschen arm. In der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts ist die zunächst Armutsquote leicht rückläufig. Der deutliche Anstieg, der 1997 einsetzt, setzt sich, nachdem die Quoten Ende der 2000er Jahre kurzzeitig recht stabil sind, aktuell fort – wobei die Zunahme aktuell schwächer ist als Anfang der 2000er Jahre.

In den letzten 10 Jahren ist der Anteil der Armen um 1,7 Prozentpunkte von 14,0 Prozent auf 15,7 Prozent angestiegen (Abb. 1). Dabei ist insbesondere die Gruppe der sehr Armen gewachsen (Spannagel 2015). Wir haben es hier also mit zwei Problemen zu tun: Es gibt nicht nur immer mehr Arme in Deutschland, sie werden auch zunehmend ärmer. Vergleicht man die Zahlen mit den Armutsquoten anderer europäischer Länder zeigt sich: Deutschland liegt bei der Armutsbetroffenheit im Mittelfeld, leicht unter dem EU Durchschnitt. Bulgarien ist mit 25,3 Prozent aktuell das Land mit der höchsten Armutsquote. Am wenigsten Arme (9,7 Prozent) leben in der Tschechischen Republik. Im Durchschnitt aller 28 EU-Länder liegt die Armutsquote bei 17,3 Prozent (<http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>, Variable tessio10).

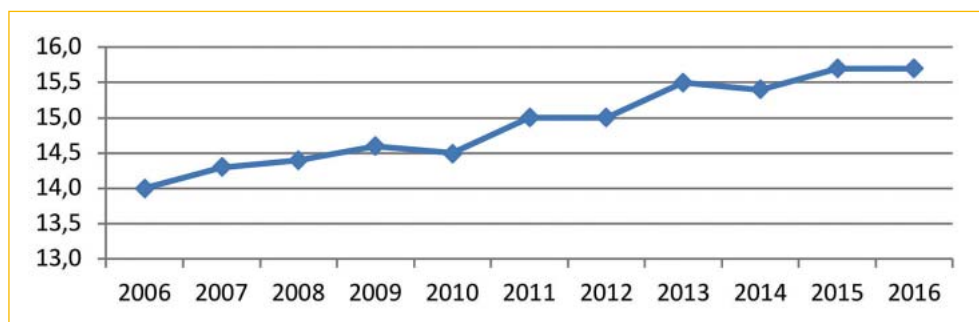


Abb. 5 »Entwicklung der Einkommensarmut in Deutschland 2005–2016. Anteil der Personen, die in Haushalten mit einem verfügbaren Einkommen von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens leben.«

© Zahlen nach: www.amtliche-sozialberichterstattung.de

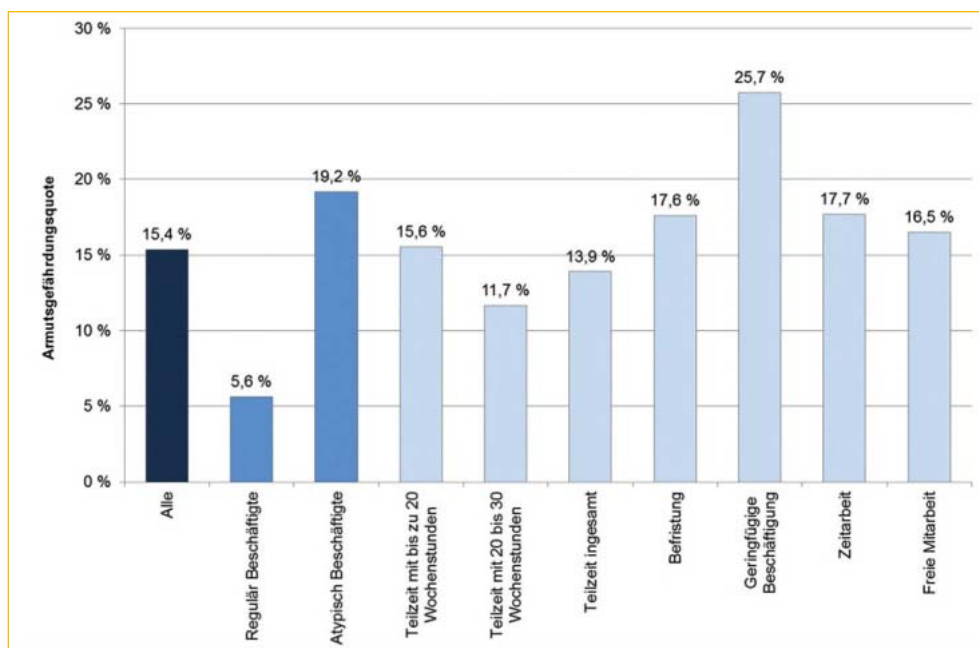


Abb. 6 »Armutsgefährdung normal- und atypisch Beschäftigter«, nach: Bundesregierung (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2017, S. 96. © Daten: Bundesregierung

Alleinerziehende wiederum sind die einzigen Verdienere in einem Haushalt. Sie arbeiten überwiegend in Teilzeit, um so Arbeit und Familie vereinbaren zu können und haben deshalb oft ein nur niedriges Einkommen. Gleichzeitig haben sie hohe Ausgaben für ihr Kind bzw. ihre Kinder. Viele Alleinerziehende haben deshalb Anspruch auf aufstockendes Arbeitslosengeld II und die meisten beziehen natürlich Unterhaltsleistungen vom unterhaltspflichtigen Elternteil. Doch oftmals reicht auch dies nicht aus, um das gesamte Einkommen des Haushalts über die Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung fest: Die Hälfte aller Kinder, die in Armut aufwachsen, lebt in einem Alleinerziehendenhaushalt (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017, S. 568).

■ Wer ist besonders von Armut betroffen?

Es gibt einige Bevölkerungsgruppen, die überdurchschnittlich stark von Armut betroffen sind: Dazu gehören Migranten/-innen und Personen mit einem niedrigen Bildungsniveau. Auch Rentner/-innen sowie gering qualifizierte Arbeiter/-innen und Einpersonenhaushalte zählen dazu. Die beiden Gruppen mit dem höchsten Armutsrisiko sind Alleinerziehende und Arbeitslose. Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, ist eine der schwerwiegendsten Ursachen für Armut. Für die allermeisten Personen im erwerbsfähigen Alter ist das Erwerbseinkommen die Hauptquelle, mit der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten und damit auch die Grundlage für ihr soziokulturelles Existenzminimum. Bei Arbeitslosen fällt dieses Einkommen weg, was für viele über kurz oder lang in Armut mündet. Armut unter Arbeitslosen ist in den letzten Jahren überdurchschnittlich stark angestiegen; im Jahr 2012 lebten über 70 Prozent aller Langzeitarbeitslosen in Armut (Spannagel/Seils 2014, S. 623).

In Armut aufzuwachsen hat für Kinder gravierende Folgen: Sie leben oftmals in Mangellagen, haben etwa keine ausreichend warme Winterkleidung oder bekommen nicht täglich eine warme Mahlzeit (Baumann/Seils 2014). Solche Kinder haben deutlich schlechtere Startchancen in ihrem Leben. Sie haben schlechtere Bildungsabschlüsse, sind im Erwachsenenleben häufiger prekär beschäftigt oder arbeitslos und leiden häufiger unter Krankheiten wie etwa Diabetes (Schütte 2013). Das größte Problem: Vielen Kindern, die in Armut aufwachsen, gelingt es nicht, die Armut im Lauf ihres Lebens zu überwinden. Dadurch verfestigt sich Armut und wird über Generationen reproduziert. Je ausgeprägter dieser Mechanismus ist, desto stärker ist auch die gesellschaftliche Teilhabe der Armen gefährdet.

Risikogruppen und Schutz vor Armut in Deutschland Armutsraten nach der 60-Prozent-Grenze /Durchschnittswerte 2009–2011 in Prozent)

Risikogruppen

Arbeitslose	56
Einelternfamilien	32
Ausländer	32
Hauptschulabgänger ohne Abschluss	29
Bevölkerung mit Migrationshintergrund	26
Geschiedene	23
un- und angelernte Arbeiter	20
junge Erwachsene	19
junge Menschen	17
Paare mit mindestens 3 Kindern	17

Durchschnitt

Bevölkerung insgesamt	13
-----------------------	----

Schutz vor Armut

kinderlose Paare	6
Hochschulabsolventen (Uni, FH)	5
Vollzeiterwerbstätige	4,5
leitende Angestellte	1
gehobene/höhere Beamte	1

Eigene Grafik nach Daten bei Jan Goebel/Roland Habich/Peter Krause, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.). Datenreport 2013. Bonn 2013 (Datenbasis: Sozio-ökonomisches Panel); Ausländer und Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Angaben für 2010 bei: Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hg.). Zweiter Integrationsindikatorenbericht, Paderborn 2011 (Datenbasis: Mikrozensus)

Abb. 7 »Risikogruppen und Schutz vor Armut in Deutschland«, nach: www.bpb.de/jizpb/198010/armut-und-prekaritaet?p=all

© bpb

Armut als Risiko für gesellschaftliche Teilhabe

Armut ist immer mit einer Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabechancen verbunden, verstanden als die Möglichkeit, umfassend am sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Leben teilzuhaben. Zunächst einmal geht Einkommensarmut oftmals mit materieller Entbehrung einher (Seils/Höhne 2017): So haben über 20 Prozent aller Armen mit Schimmel und Feuchtigkeit in der Wohnung zu kämpfen, mehr als jedem 10. Armen ist es aus finanziellen Gründen nicht möglich, die Wohnung angemessen zu heizen und rund 27 Prozent von ihnen können sich kein Auto leisten. Diese Aufzählung zeigt exemplarisch, wie sich Einkommensarmut konkret in einem mangelhaften materiellen Lebensstandard niederschlägt. Aber auch in weiteren zentralen Lebensbereichen sind arme Personen von Exklusion betroffen (vgl. Spannagel 2017a, S. 87ff):

- Viele Kinder aus einkommensarmen Familien wachsen gleichzeitig in Bildungsarmut auf. Sie erhalten zu Hause wenig Bildungsanreize und haben schlechtere Bildungschancen als Kinder aus nichtar-

Armut bei Kindern

So viele Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren waren von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, Anteil in %

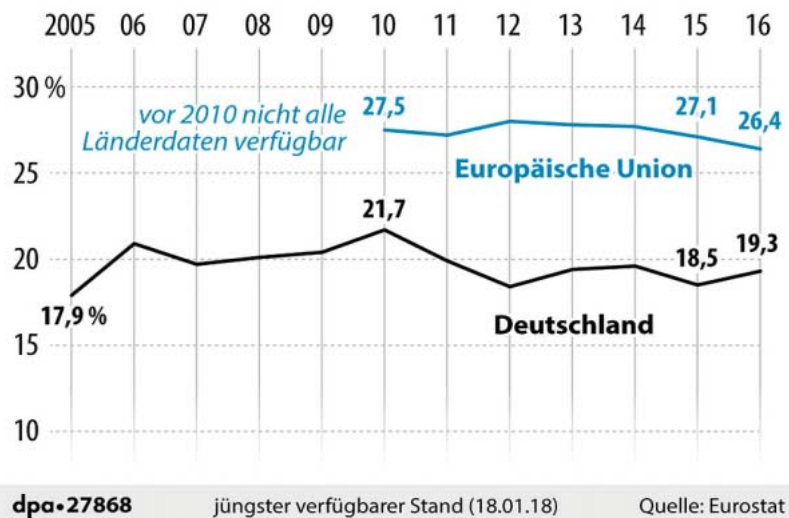


Abb. 9 »Kinderarmut in Deutschland und der Europäischen Union.«

© dpa Infografik, 2018

Kinderarmut in Deutschland

Der Anteil der Kinder unter 18 Jahren, die in Familien mit ALG-II-Bezug lebten, ist gestiegen. So entwickelten sich die Zahlen in den Bundesländern (Anteil in Prozent):

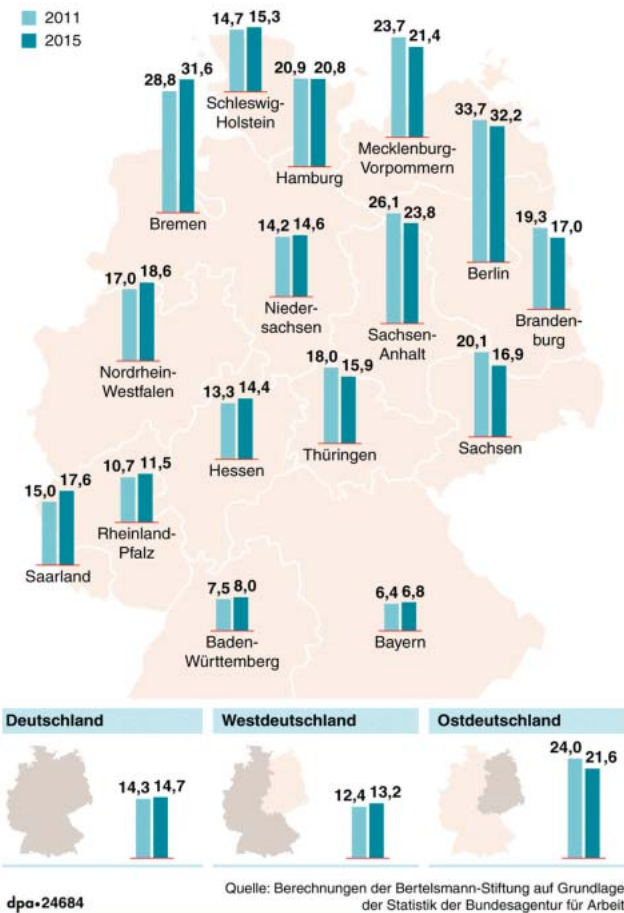


Abb. 8 »Kinderarmut in Deutschland und ALG II Bezug.«

© dpa Infografik, 2016, Daten; Bundesanstalt für Arbeit und Bertelsmann-Stiftung

men Familien. Kinder aus armen Familien sind bis heute unter Abiturienten unterrepräsentiert und haben deutlich seltener einen akademischen Abschluss als andere Kinder. Sie haben auch überdurchschnittlich oft keine abgeschlossene Berufsausbildung.

- Arme Personen sind häufiger als andere von den unterschiedlichen Formen atypischer Beschäftigung betroffen: Teilzeitarbeit oder befristete Beschäftigungsformen sind weit verbreitet und viele Arme sind Niedriglohnempfänger, haben also einen Lohn von weniger als 66 Prozent des Durchschnittslohns. Zudem sind sie im Arbeitsleben überdurchschnittlich oft hohen physischen und psychischen Belastungen ausgesetzt. All dies ist eine Folge von Armut – aber natürlich ist eine atypische Beschäftigung, neben Arbeitslosigkeit, eine ganz zentrale Ursache dafür, in Armut zu geraten.
- Die Wohnsituation von Armen ist oft unterdurchschnittlich: Sie leben tendenziell in kleineren Wohnungen, die vergleichsweise schlecht ausgestattet sind.
- Arme sind häufiger krank und sterben früher als nicht arme Personen. Sie sind überdurchschnittlich oft belastenden Arbeits- und Wohnbedingungen ausgesetzt, die mit Gesundheitsrisiken verbunden sind. Außerdem pflegen Arme im Vergleich zur Restbevölkerung einen ungesünderen Lebensstil. Sie rauchen häufiger, ernähren sich tendenziell ungesünder und sind seltener sportlich aktiv.
- Im Vergleich zum Rest der Bevölkerung gibt es unter den Armen mehr Nichtwähler. Auch andere Formen der politischen Beteiligung, etwa die Teilnahme an Demonstrationen sind hier seltener. – Als eine Folge hat die politische Meinung der Armen tendenziell weniger Gewicht als die der übrigen Bevölkerung.

Diese exemplarische Aufzählung ließe sich weiter ergänzen. Sie macht deutlich, dass die Folgen von Einkommensarmut weit über den finanziellen Mangel hinausgehen. Armut ist, insbesondere je länger sie andauert, in den allermeisten Fällen mit zahlreichen Exklusionserfahrungen verbunden. Es stellt sich daher die Frage, was von politischer Seite zu tun, um diese Exklusionsrisiken zu verringern und Armut nachhaltig zu bekämpfen.

Wie lassen sich Armut und Exklusion bekämpfen?

Der Sozialstaat senkt einen Teil der Armutsquote sehr erfolgreich durch die Leistungen der Grundsicherung (Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung und Sozialhilfe) sowie durch Leistungen wie Kinder- und Wohngeld. Gäbe es diese staatlichen Transferzahlungen nicht, läge die Armutsquote um etwa ein Drittel höher (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2017, S. 555). Diese armutsverringende Wirkung ist über die letzten Jahrzehnte hinweg recht stabil geblieben. Dennoch: Derzeit leben rund 13 Millionen Menschen in Deutschland in Armut und leiden unter den oben dargestellten Auswirkungen.

Hier gilt es anzusetzen: Zum einen muss die gesellschaftliche Inklusion dieser Personen gefördert werden; vor allem aber muss es gelingen, die Zahl der Armen nachhaltig zu senken. Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen dafür sind gut: Die Wirtschaft befindet sich seit Jahren in einem kräftigen Aufschwung, die Arbeitslosigkeit ist auf historische Tiefststände gesunken und auch der Anteil der Empfänger/-innen von Arbeitslosengeld II ist zuletzt zurückgegangen (Spannagel 2015). Offensichtlich profitieren aber nicht alle Bevölkerungsschichten von diesem Aufschwung.

Was ist zu tun?

Es gibt einige Haushalte, die unterhalb der Armutsgrenze liegen, obwohl sie Arbeitslosengeld II beziehen (Boeckh et al. 2017, S. 211). Dabei zielt diese Leistung genau darauf, den Empfängern/-innen

Die tatsächlichen Kosten der Arbeitslosigkeit

Staatliche Ausgaben bzw. Mindereinnahmen durch Arbeitslosigkeit im Jahr 2016: **55,5 Milliarden Euro** (- 0,9 Prozent gegenüber 2015)

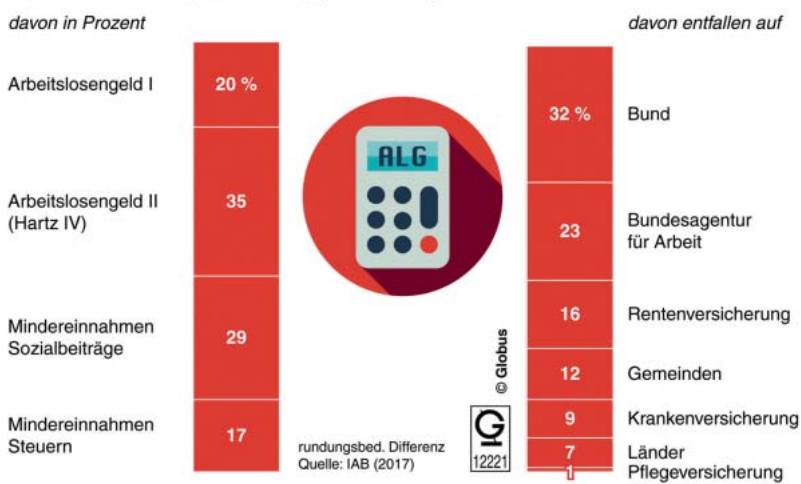


Abb. 11 »Die tatsächlichen Kosten der Arbeitslosigkeit.«

© Globus Infografik, 2017

das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern. Hier scheitert der Sozialstaat an seinem Anspruch, allen Bürgern/-innen eine volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Das ist ein erster konkreter Ansatzpunkt:

- Die Grundsicherungsleistungen müssen soweit angehoben werden, dass sie armutsfest sind, dass also alle Haushalte, die diese Leistungen beziehen, über die Armutsgrenze gehoben werden.
- Grundsicherung ist aber nur das letzte soziale Netz. Entscheidend ist, dafür zu sorgen, dass möglichst wenige in dieses Netz fallen. Dafür gilt es, sichere, auskömmlich bezahlte sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung zu fördern und prekäre Beschäftigung zu verringern – leben doch die meisten Haushalte in erster Linie von ihren Erwerbseinkommen.
- Deshalb ist der Niedriglohnsektor einzudämmen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern, um es möglichst vielen Frauen zu ermöglichen, in Vollzeit oder vollzeittah zu arbeiten. Eine hohe Frauenerwerbstätigkeit wirkt direkt armutsverringend (Becker 2002). Alle Maßnahmen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern, allen voran flexible und bezahlbare Kinderbetreuungsmöglichkeiten, senken auch das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und deren Kindern.
- Arbeitslose wiederum müssen gezielt weiterqualifiziert und gefördert werden, um sie dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Personen, bei denen dies nicht möglich ist, muss ein öffentlich geförderter zweiter Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, auf dem sie eine Beschäftigung finden können und ihnen so eine größere gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht wird.
- Der Schlüssel um Armut langfristig und nachhaltig zu bekämpfen und die volle gesellschaftliche Inklusion von Armen zu fördern liegt im Bildungssystem. Ein ordentlicher Bildungsabschluss eröffnet nicht nur den Zugang zu sicheren, gut bezahlten Jobs; wer über Bildung verfügt, ist meist auch in der Lage, im Fall von Armut deren Folgen etwas abzumildern. Außerdem pflegt, wer gebildet ist üblicherweise auch einen gesünderen Lebensstil.

Dimensionen und Risikofaktoren des Lebensverlaufs

Erwerbsbiografie	Familienbiografie	Gesundheitsbiografie
- Langzeitarbeitslosigkeit - Langjähriger Niedrigverdienst - Langjährige geringfügige Beschäftigung (Solo-)Selbstständigkeit - Schwarzarbeit „Stille Reserve“	- Kinderbedingte Unterbrechungen - Angehörigenpflege - Trennung / Scheidung - Verwitung - Alleinerziehung	- Erwerbsminderung - Behinderung - Unfall / Berufskrankheit - Psychische Probleme - Chronische Erkrankungen
Bildungsbiografie	Vorsorgebiografie	Migrationsbiografie
- Fehlender Schulabschluss - Fehlender Berufsabschluss - Mangelnde Teilnahme an Weiterbildung - Dequalifikationsprozesse	- Mangelnde Vorsorgefähigkeit - Mangelnde Vorsorgebereitschaft - Mangelndes Vorsorgewissen - Gescheiterte Vorsorgestrategie	- Später Zuzug - Sprachprobleme - Aufenthaltsrechtliche Probleme - Allgemeine Integrationsprobleme
Sonstige Risikoelemente		
- Verschuldung, Insolvenz - Soziale Devianz, Kriminalität - Sucht, Obdachlosigkeit (Selbst-)Exklusionsprozesse, „Schicksalsschläge“		

Abb. 10 »Dimensionen und Risikofaktoren für Armut im Lebenslauf« © Bundesregierung (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin, S. 441.

Das Problem: Deutschland ist ein Land mit sehr hoher Bildungsungleichheit. Das heißt, der Bildungsgrad eines Kindes hängt sehr eng mit dem Bildungsgrad der Eltern zusammen. Kinder aus (bildungs-)armen Familien bleiben mithin oftmals selber (bildungs-)arm. Es gibt viele Ansatzmöglichkeiten, diesen Kreis zu durchbrechen; die drei wichtigsten seien hier genannt:

- Wir brauchen gerade für Kinder aus (bildungs-)armen Familien mehr niederschwellige frühkindliche Bildungsangebote, die dazu beitragen, die ungleichen Startchancen von Beginn der Bildungslaufbahn an etwas auszugleichen.
- Wichtig ist auch, dass alle Institutionen des Bildungssystems von der Kinderkrippe bis zur Universität kostenfrei besucht werden können.
- Entscheidend ist zudem, dass Kinder in der Schule möglichst lange gemeinsam beschult werden. Mit der Aufteilung in weiterführende Schulen werden Bildungsungleichheiten verfestigt. Je niedriger der Bildungsgrad der Eltern, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass ein Kind das Gymnasium besucht. Wenn hier nicht angesetzt wird, kann Armut nicht nachhaltig verringert werden.

Je ausgeprägter die Exklusion ist, die Arme ausgesetzt sind, desto stärker driften ihre Lebenswelt und die der restlichen Bevölkerung auseinander – was wiederum die Exklusion verstärkt. So ist und bleibt Armut eine Herausforderung für den Sozialstaat. Um sie zu bekämpfen und die gesellschaftliche Teilhabe der Armen zu fördern bedarf es aber eines umsichtigen Zusammenspiels vieler Politikbereiche.

Literaturhinweise

- Baumann, Helge/ Seils, Eric (2013): Wie »relativ« ist Kinderarmut? Armutsrisiko und Mangel im regionalen Vergleich. WSI-Report 11, Januar 2014. Düsseldorf: WSI. www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_11_2014.pdf
- Becker, Irene (2002): Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien in Grenzen. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 71/2002, S. 126–146.
- Boeckh, Jürgen/ Huster, Ernst-Ulrich/ Benz, Benjamin/ Schütte, Johannes D. (2017): Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregie-

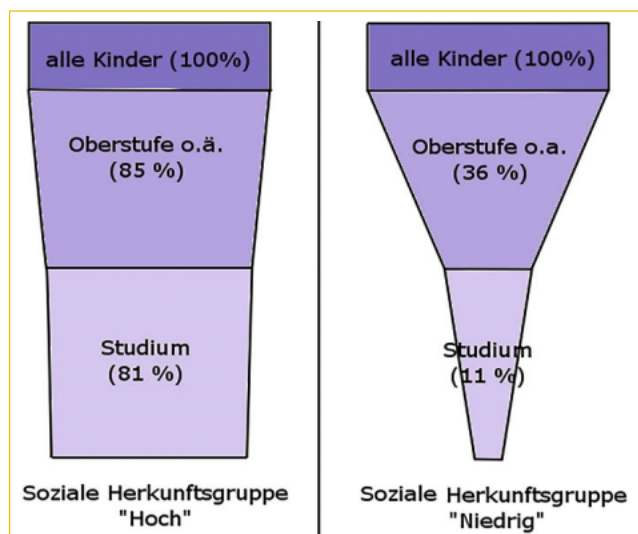


Abb. 12 Besuch der gymnasialen Oberstufe nach sozialer Herkunft, vgl: Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. S. 119. © https://de.wikipedia.org/wiki/Bildungsbenachteiligung_in_der_Bundesrepublik_Deutschland

Bildung schützt vor Arbeitslosigkeit

Arbeitslosenquoten* in Deutschland in Prozent

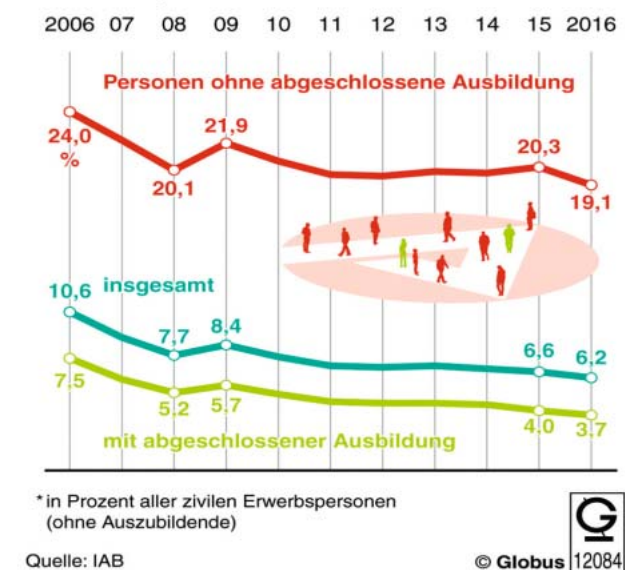


Abb. 13 Formale Bildung und Arbeitslosigkeit. © Globus Infografik, 2017

rung. Berlin: BMAS. www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/5-arb-langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=6

Hinrichs, Knut (2008): Die Entwicklung des Rechts der Armut zum modernen Recht der Existenzsicherung. In: Huster, Ernst-Ulrich/ Boeckh, Jürgen/ Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: Springer VS.

Schütte, Johannes D. (2013): Armut wird »sozial vererbt«. Status Quo und Reformbedarf der Inklusionsförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

Seils, Eric/ Höhne, Jutta (2017): Relative Einkommensarmut und realer Mangel. Eine Kurzauswertung aktueller Daten von Eurostat. WSI Policy Brief 17, 11/2017. Düsseldorf: WSI. www.boeckler.de/pdf/p_wsi_pb_16_2017.pdf

Spannagel, Dorothee (2015): Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück. WSI Verteilungsbericht 2015. WSI Report 26. Düsseldorf: WSI. www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_26_2015.pdf

Spannagel, Dorothee (2017a): Einkommen und Verteilung. In: Reiter, Renate (Hrsg.): Sozialpolitik aus politikfeldanalytischer Sicht. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS, S. 121–172.

Spannagel, Dorothee (2017b): Menschen mit niedrigem sozio-ökonomischen Status – Armut und Teilhabe. In: Diehl, Elke (Hrsg.): Teilhabe für alle?! Lebensrealitäten zwischen Diskriminierung und Partizipation. Bonn: BpB, S. 77–102.

Spannagel, Dorothee / Seils, Eric (2014): Armut in Deutschland wächst – Reichtum auch. WSI-Verteilungsbericht 2014. In: WSI Mitteilungen 08/2014, S. 620–627.

Ullrich, Carsten G. (2005): Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Eine Einführung. Frankfurt/ New York: Campus.

Internetquellen

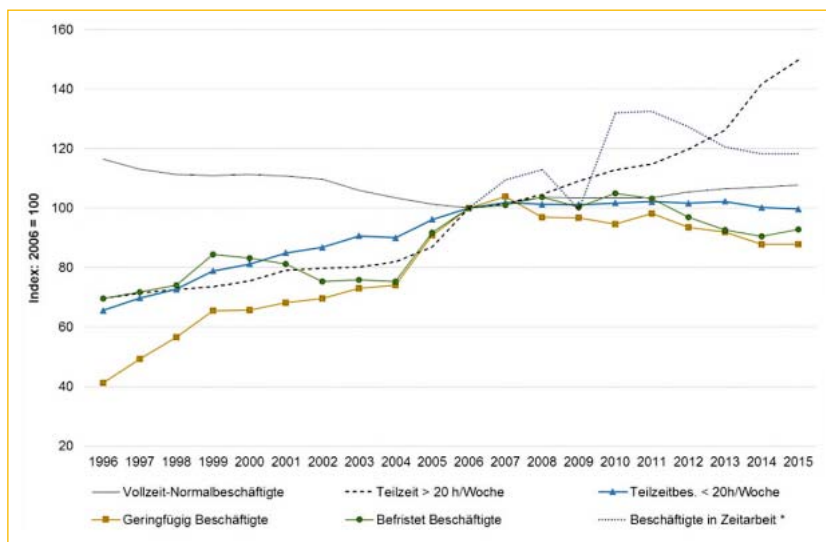
- www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_armutsgrenze.pdf
- www.boeckler.de/pdf/wsi_vm_armutsquoten.pdf
- <http://ec.europa.eu/eurostat/de/data/database>

MATERIALIEN

M 1 Hans Böckler Stiftung: »WSI-Daten: Atypische Beschäftigung: Weitere Zunahme bei Teilzeit und Leiharbeit, Zahl der Mini-Jobs geht leicht zurück«, Pressemitteilung 18.5.2017

Der Arbeitsmarkt hat sich im Jahr 2016 positiv entwickelt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit ist deutlich gewachsen. Noch stärker hat allerdings die atypische Beschäftigung zugenommen. Daher ist der Anteil von Teilzeitstellen, Leiharbeit und Minijobs an der Gesamtbeschäftigung erneut ein wenig gestiegen und befindet sich auf dem höchsten Stand seit 13 Jahren. Unterm Strich waren 2016 rund 39,6 Prozent aller abhängigen Hauptbeschäftigungsverhältnisse (ohne Beamte und Selbstständige) solche atypischen Jobs, 2015 lag die Quote bei 39,3 Prozent. »Insbesondere die Zahl der Teilzeit- und Leiharbeiter hat 2016 weiter zugenommen«, beschreibt Dr. Toralf Pusch, Arbeitsmarktexperte des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung, den aktuellen Trend. Die Zahl der oft besonders schlecht bezahlten und abgesicherten Minijobber im Haupterwerb habe hingegen um etwa 46.000 Beschäftigte abgenommen – auf 5,14 Millionen. Am stärksten verbreitet ist atypische Beschäftigung in den westdeutschen Flächenländern. Schleswig-Holstein hat mit 43,3 Prozent den höchsten Anteil, gefolgt von Rheinland-Pfalz (42,6 Prozent) und Niedersachsen (42,1 Prozent). In manchen westdeutschen Städten und Landkreisen liegt die Quote sogar bei mehr als 50 Prozent. Die höchsten Anteile weisen Delmenhorst mit 55,9 Prozent sowie die Kreise Kusel (51,6 Prozent) und Plön (50,9 Prozent) auf. Insgesamt beträgt die Quote der atypischen Beschäftigung im Westen 39,9 Prozent, im Osten fällt sie um etwa einen Prozentpunkt geringer aus. Das ergeben die soeben aktualisierten Zahlen der WSI-Datenbank »Atypische Beschäftigung«. Über die Datenbank sind die neuesten Zahlen für die gesamte Bundesrepublik, die einzelnen Bundesländer, alle Landkreise und kreisfreien Städte online abrufbar. Die Datenbank beruht auf Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA), die als einzige Quelle alle abhängigen Beschäftigungsverhältnisse regional differenziert.

Den WSI-Daten zufolge arbeiteten 2016 etwa 23 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Teilzeitjobs. Diese Gruppe machte damit den größten Anteil der atypischen Beschäftigung aus. Längst nicht jede Teilzeitbeschäftigung sei prekär, betont Pusch. Allerdings sind Stundenlöhne unter der Niedriglohngrenze von 9,75 Euro brutto bei den Teilzeitbeschäftigten mit einem Anteil von gut 28 Prozent weit verbreitet. Zum Vergleich: bei den Vollzeitbeschäftigten beträgt diese Quote nur etwa 11 Prozent, wie neueste Zahlen aus dem Sozio-ökonomischen Panel für 2015 zeigen. Zudem entspricht der Umfang der Teilzeitarbeit in vielen Fällen nicht den tatsächlichen Arbeitszeitwünschen der Beschäftigten, was auch mit den niedrigen Verdiensten zusammenhängen dürfte. Einen Mini-job als Hauptverdienst hatten laut WSI 14,1 Prozent der Beschäftigten. Als Minijobs wurden die geringfügig entlohnenden und die kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse erfasst, die steuer- und abgabenrechtlich ähnlich behandelt werden. Bei den geringfügig entlohnenden Beschäftigten, die den Löwenanteil dieser Gruppe stellen, ist der Niedriglohnanteil mit gut 70 Prozent der Beschäftigten stark erhöht. Für die kurzfristigen Beschäftigungsverhältnisse, die häufig in der Landwirtschaft eingesetzt werden, sind vergleichbare Zahlen nicht verfügbar. Der Anteil der Leiharbeiter an den abhängig Beschäftigten lag im Jahr 2016 bei 2,6 Prozent.



M 2 »Entwicklung der Erwerbsformen abhängig Beschäftigter« © Bundesregierung (2017): Lebenslagen in Deutschland. Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin, S. XV.

Auch für Leiharbeiter gilt eine starke Betroffenheit von niedrigen Löhnen (46 Prozent), zumindest nach den neuesten verfügbaren Zahlen aus dem Sozioökonomischen Panel für 2015.

© www.boeckler.de/106575_108744.htm

M 3 Joachim Möller/ Ulrich Walwei: »Die Agenda 2010 war ein unerwarteter Erfolg«, Die ZEIT, 14. 3. 2013

»Weitreichende Strukturreformen« hatte Gerhard Schröder im März 2003 im Bundestag versprochen, als er die Agenda 2010 formulierte. Die Reformen würden Deutschland »bis zum Ende des Jahrzehnts bei Wohlstand und Arbeit wieder an die Spitze bringen«. Viele zogen damals in Zweifel, dass die Agenda-Reformen überhaupt einen größeren Effekt entfalten würden.

Stattdessen hat die Agenda 2010 – gemeinsam mit den bereits zuvor in Teilen beschlossenen Hartz-Reformen – in vergleichsweise kurzer Zeit eine erstaunliche Wirkung erzielt. Schröder argumentierte in seiner Rede vor dem Hintergrund einer stetig steigenden Sockelarbeitslosigkeit seit den siebziger Jahren: Mit jedem Abschwung hatte die Zahl der Langzeitarbeitslosen zugenommen. Würde sich diese Entwicklung fortsetzen, sei der Sozialstaat in Gefahr, weil er zu teuer werde, warnte der Kanzler. Er verwies auf die Lohnnebenkosten, die von 1982 bis 1998 von 34 auf fast 42 Prozent gestiegen seien. Der Umbau des Sozialstaates sei »unabweisbar«.

Das war der Kernsatz der Agenda-Reformen. Er lautete in den Worten von Gerhard Schröder: »Entweder wir modernisieren, und zwar als soziale Marktwirtschaft, oder wir werden modernisiert, und zwar von den ungebremsten Kräften des Marktes, die das Soziale beiseite drängen würden.« Das erinnert an den berühmten Ausspruch des Prinzen von Salina in Giuseppe di Lampedusas Leopard: »Alles muss sich ändern, damit alles so bleibt, wie es ist.« Das Herzstück der Agenda 2010 waren die Veränderungen am Arbeitsmarkt. Als Schröder sprach, war ein Teil der Hartz-Reformen bereits auf den Weg gebracht – ein weiterer Teil stand noch aus. Die Hauptbotschaft der Reform lautete: Fördern und Fordern. Der Staat verschärfte die Kriterien, nach denen eine Arbeit zumutbar ist, er schuf neue Sanktionen, falls Arbeitslose Jobangebote ausschlugen. Er legte die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen und beschloss neue Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Zugleich senkte er die Bezugsdauer für das Arbeitslosengeld für alle Arbeitslosen unter 55 Jahren auf zwölf Monate, für die über 55-Jährigen auf 18 Monate. Der Kündigungsschutz wurde reformiert, ebenso wie das Handwerksrecht. Von den Tarifparteien forderte Schröder, noch mehr flexible Regelungen zur Standort- und Arbeitsplatzsicherung zu vereinbaren. Das alles brachte für viele Bürger schmerzhaft Einschnitte. Da nicht absehbar war, wann die positiven Wirkungen eintreten würden, musste Schröder klar sein, dass er damit den Machtverlust riskierte. Dass das Reformpaket dennoch durchgesetzt wurde, war mutig und verlangt Respekt.

Dennoch hatte die Reform auch Schwächen. Die Deregulierung von Arbeitsverhältnissen brachte unerwünschte Folgen mit sich, die teilweise vermeidbar gewesen wären. Auch hat sich die deutsche Gesellschaft im Zuge der Arbeitsmarktreformen zweifellos stark verändert. Kritiker monieren, dass die soziale Balance nicht gewahrt wurde. In ihren Augen haben die Reformen das deutsche Modell, das auf sozialer Partnerschaft, Absicherung und Verteilungsgerechtigkeit basierte, aus dem Lot gebracht. Es gebe zu viele Verlierer, die in prekäre und schlecht bezahlte Jobs gezwungen werden. Mit anderen Worten: Bei dem Versuch, den Sozialstaat zu retten, habe man das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. (...)

© dpa / vgl. www.zeit.de/wirtschaft/2013-03/agenda2010-reformen-erfolg

M 4 Kolja Rudzio: »Stütze für die Ewigkeit«, Zeit online, 30.12.2014

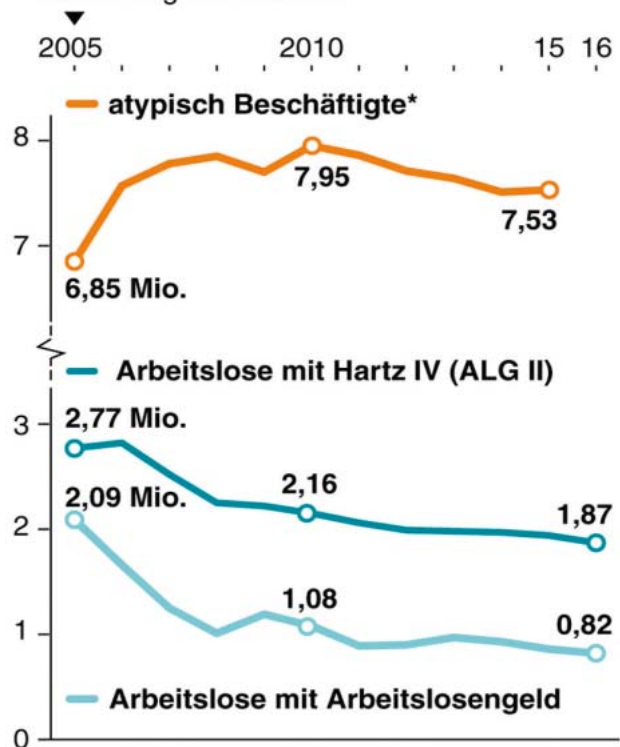
In der Bundesagentur für Arbeit nennt man sie »unsere Gründungsmitglieder«. Damit sind jene Menschen gemeint, die Hartz IV beziehen, seit es diese Form der Sozialleistung gibt: seit zehn Jahren. Schon der Zeitraum erscheint unglaublich lang. Noch unglaublicher ist aber, wie viele Menschen diesem imaginären Club angehören: 980.000, fast eine Million.

Dabei gelten die Hartz-Reformen als Erfolg. Im Ausland wird Deutschland dafür bewundert. Fachleute meinen, die Reformen hätten das deutsche Jobwunder mit ausgelöst. Und doch ist das Problem, auf das sich das Herzstück der Agenda-Politik richtete, die Hartz-Reform Nummer vier, bis heute ungelöst: die hartnäckige und extreme Langzeitarbeitslosigkeit.

Katrin Rutten gehört zu den »Zehnjährigen« im Hartz-IV-System. Sie ist von der ersten Stunde an dabei. Aber sie hat nichts mit dem typischen Hartz-IV-Empfänger gemein, wie er seit zehn Jahren im Fernsehen gerne vorgeführt wird – mit Jogginghose, Bierflasche und Schlappen an den Füßen. Sie trägt ein hellblaues Hemd mit einem Firmenlogo darauf, dazu eine hellblaue Schürze und eine hellblaue Schirmmütze. Das ist ihre Arbeitsuniform. An diesem Morgen ist sie um sechs Uhr früh aufgestanden und hat ihren Kindern Frühstück gemacht. Sie hat ihren Jüngsten in die Kita gebracht und ist zur Arbeit gefahren. Jetzt steht sie hinter einem Tresen in der Kantine der Maxim-Gorki-Gesamtschule in Kleinmachnow und wischt Essensreste von einem Teller. Rutten ist Angestellte einer Firma, die Brandenburger Schüler mit Mittagessen versorgt. In einem Ofen bereitet die 33-jährige das Essen zu, schnippelt Obst und Gemüse, sortiert Teller und Besteck, gibt am Tresen das Essen aus, wenn der Gong zur Mittagspause ertönt, und fängt bald danach wieder an, abzuspuhlen und aufzuräumen. Rutten kann also arbeiten, sie ist sich nicht zu schade dazu, und sie hat einen Job. Ihr Problem: Der Lohn reicht nicht, um den Lebensunterhalt zu decken. Deshalb ist sie eine sogenannte Aufstockerin, bezieht also ergänzend zu ihrem Gehalt Hartz IV. Damit ist sie kein Einzelfall. Rund 1,3 Millionen Menschen in Deutschland sind gegenwärtig Aufstocker. Auch über sie wurde in den vergangenen Jahren viel in den Medien berichtet. Meistens hieß es dann empört: Deutschland braucht einen Mindestlohn! Arbeit muss zum Leben reichen! Hakt es also an der Lohnhöhe? Wird der gesetzliche Mindestlohn, der zum 1. Januar 2015 eingeführt wurde, Menschen wie Katrin Rutten aus Hartz IV holen? Wohl kaum. Rut-

Der Arbeitsmarkt mit der Agenda 2010

Einführung von Hartz IV



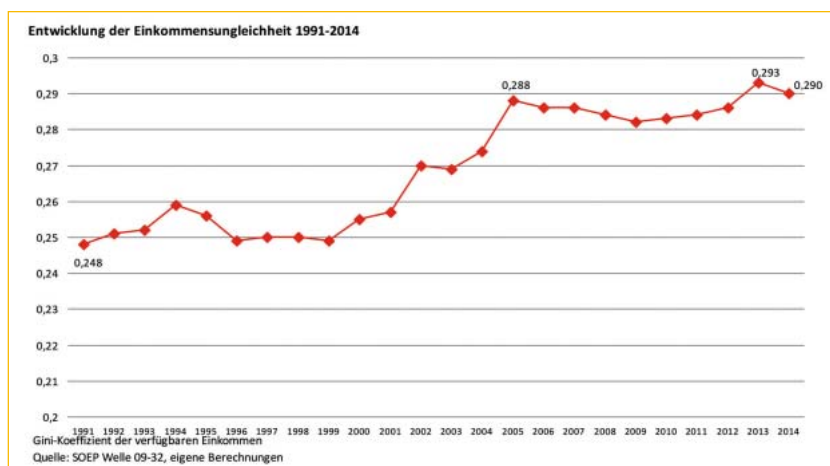
* geringfügig und befristete Beschäftigte, Leiharbeitskräfte, Teilzeitkräfte bis zu 20 Wochenstunden

Quelle: BA, Statistisches Bundesamt dpa-26292

M 5 »Der Arbeitsmarkt seit der Agenda 2010« © dpa Infografik, 2017

ten verdient bereits 8,50 Euro die Stunde. Das entspricht der Summe, die als Mindestlohn vorgesehen ist. Und selbst wenn sie doppelt so viel bekäme, wäre es nicht genug. Ihr Problem ist nicht der Stundenlohn, es sind die Stunden – sie arbeitet nur zwischen vier und fünf am Tag. Berücksichtigt man noch die Schulferien, in denen sie nichts zu tun hat, ergibt sich sogar nur eine durchschnittliche Arbeitszeit von 3,5 Stunden pro Tag. So kommt sie auf monatlich 595 Euro brutto. Die allermeisten Aufstocker arbeiten nur wenige Stunden pro Woche. Eine Berechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ergab, dass 95 Prozent von ihnen nach Einführung des Mindestlohns weiterhin staatliche Unterstützung brauchen werden. Für viele Menschen bleibt Hartz IV deshalb weiterhin, was es eben auch ist: ein Kombilohn. Und nicht bloß Stütze für Menschen in Jogginghose. (...) Rund 110.000 der Hilfeempfänger der ersten Stunde sind derzeit Alleinerziehende. Bei ihnen dürfte ein Großteil der unter 15-Jährigen wohnen, die seit zehn Jahren in einem Hartz-IV-Haushalt leben – insgesamt 139.000. Genauerer Aufschluss erlauben die Zahlen nicht, die von der Bundesagentur für Arbeit auf Anfrage der ZEIT hin ermittelt wurden. Danach sind viele Dauerbezieher älter, jeder dritte ist älter als 50 Jahre. Frauen sind überrepräsentiert, 534.000 weiblichen Langzeit-Empfängern stehen 446.000 männliche gegenüber. (...)

© www.zeit.de/2015/01/hartz-4-armut-arbeitslosigkeit/komplettansicht

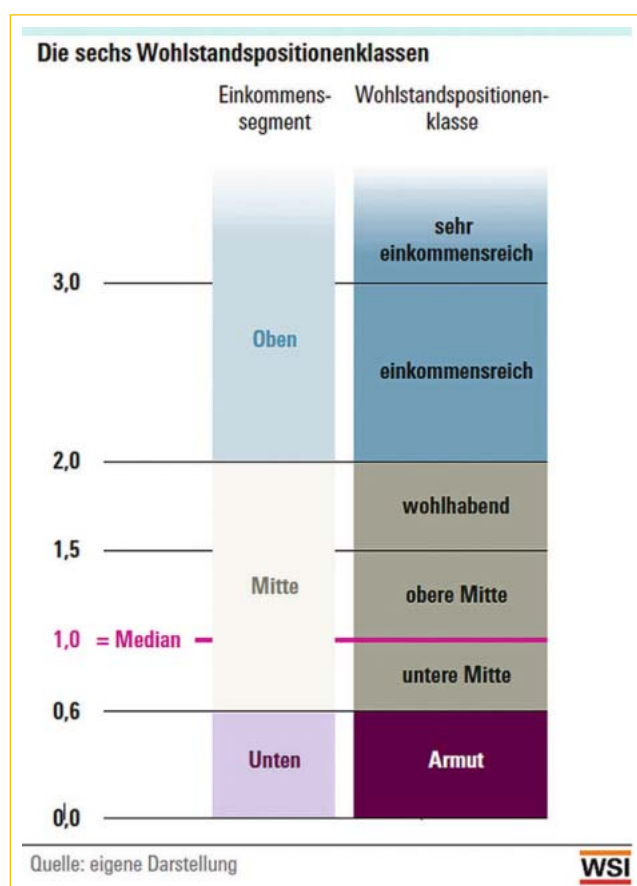


M 6 »Einkommensungleichheit in Deutschland«, WSI-Studie

© Dorothee Spannagel, 2017

M 7 WSI-Report (2015), Hans Böckler Stiftung:
»Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit
geht nicht zurück.« WSI Verteilungsbericht 2015, S. 13

Die deutsche Konjunktur zeigt aufwärts. Die Zahl der Erwerbslosen hat einen Tiefstand erreicht und seit einigen Jahren steigen auch die realen Löhne und Gehälter wieder. Dennoch geht die Einkommensungleichheit nicht zurück, sondern steigt zuletzt sogar

M 8 »Wie misst man Einkommensungleichheit?«, WSI-Studie:
– Klassen werden relativ zum mittleren Einkommen eingeteilt,
– Median: 19.597 Euro (netto/Jahr, hier 2013)
– < 11.758 Euro: Armut
– > 58.791 Euro: großer Einkommensreichtum.

© Dorothee Spannagel, 2017

wieder leicht an. Der konjunkturelle Aufschwung schlägt sich nicht in den materiellen Lebensbedingungen aller Menschen nieder. Es scheint hier vielmehr eine Polarisierung stattzufinden, die mit einer deutlichen Segmentierung der Einkommensverteilung verbunden ist. Die Wirtschafts- und Finanzkrise von Mitte bis Ende der 2000er Jahre hat die Haushalte an der Spitze der Verteilung nicht nachhaltig betroffen.

Großer Reichtum wird immer dauerhafter. Von dem derzeitigen wirtschaftlichen Anstieg können die ärmeren Bevölkerungsgruppen nur eingeschränkt profitieren. Immer mehr Personen sind von verfestigter Armut betroffen. Hier zeigt sich eine bedenkliche Entkoppelungstendenz: Die tatsächlichen Lebensbedingungen der Menschen in Deutschland sind zunehmend unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Lage. Die sehr Reichen schweben regelrecht über den konjunkturellen Krisen, während viele Arme

auch von einem länger andauernden wirtschaftlichen Aufschwung kaum profitieren können. Die Einkommensverteilung ist in den letzten drei Jahrzehnten deutlich undurchlässiger geworden – und mit ihr hat sich auch die Chancengleichheit verringert. Gleichzeitig steigt der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen und damit die Bedeutung von privaten Vermögen bzw. Renditen und Kapitalgewinnen.

Europaweit hat Deutschland die höchste Vermögensungleichheit (Grabka/Westermeier 2014). Zudem sind Vermögenseinkommen deutlich unabhängiger von der konjunkturellen Entwicklung als dies bei den Erwerbseinkommen der Fall ist. Wenn die Bedeutung von Erwerbseinkommen abnimmt – am oberen Ende zugunsten von Vermögenseinkommen, am unteren zugunsten staatlicher Transferzahlungen – verstärkt das die Entkoppelungstendenz zusätzlich.

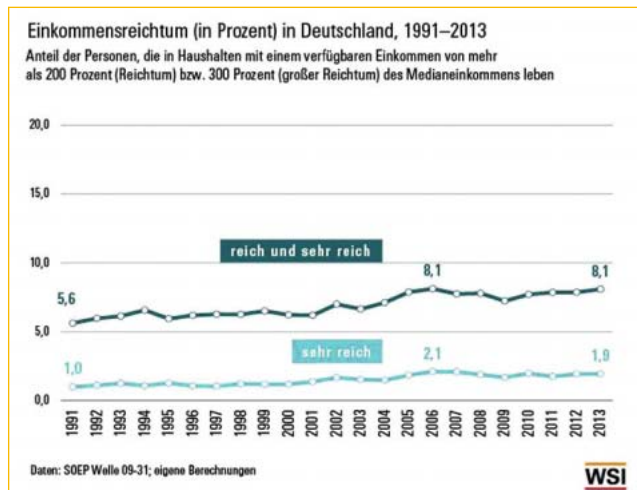
Um der Persistenz der Einkommens- und Vermögensungleichheit und der verfestigten Armut wirksam zu begegnen, bedarf es nicht nur einer Fortsetzung der positiven Realeinkommensentwicklung der abhängig Beschäftigten insgesamt. Gerade am unteren Ende der Einkommensverteilung sind gezielte Maßnahmen nötig und möglich: Es gilt insbesondere, das Mindestlohniveau zu erhöhen und zugleich einer Aushöhlung des Mindestlohns durch weitere Ausnahmen (etwa für Flüchtlinge) vorzubeugen (vgl. Armlinger/Bispinck/Schulten 2014).

Ein Schlüssel für eine verstärkte Umverteilung von oben nach unten und damit für mehr soziale Gerechtigkeit ist darüber hinaus die Wiedereinführung der Vermögenssteuer (vgl. auch Bach/Bezonska 2012; oder Scholz/Truger 2013).

Private Vermögen werden derzeit gar nicht besteuert. Lediglich auf Kapitalerträge wird eine pauschale Steuer von 25 Prozent erhoben – unabhängig davon, die hoch diese sind. Die Umverteilungswirkung dieser Abgeltungssteuer ist marginal. Ein weiterer zentraler Punkt: In Deutschland werden in den nächsten Jahren exorbitante Summen vererbt. Bislang gilt dabei: Wer hat, dem wird gegeben. Wenn die Erbschaftssteuer nicht angehoben und vor allem deutlich progressiver gestaltet wird, wird mit den Vermögen aber auch ein hohes Ausmaß an sozialer Ungleichheit vererbt und damit über Generationen hinweg verfestigt (Bach 2015). Zusammenfassend: Die Begrenzung der Ungleichheit muss auch am unteren Ende des Einkommensreichtums ansetzen, von zentraler Bedeutung ist aber der verteilungspolitische Spielraum bei den »Superreichen«.

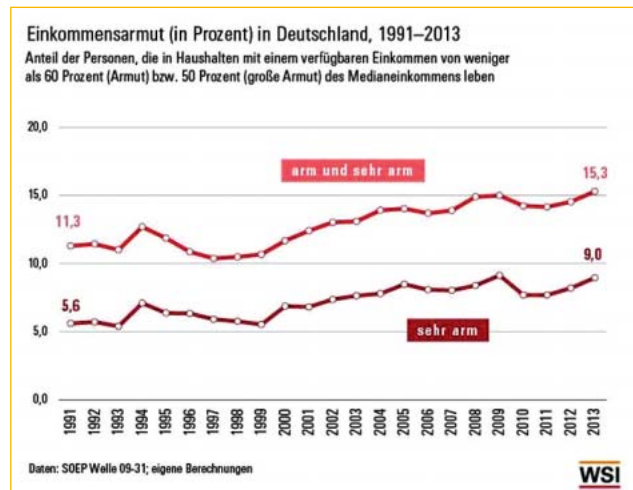
© WSI-Report (2015): Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück.

WSI Verteilungsbericht 2015, www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_26_2015.pdf



M 9 »Einkommensreichtum in Deutschland«

© WSI Studie 2015



M 12 »Einkommensarmut in Deutschland«

© WSI Studie 2015

M 10 iw Köln, Institut der deutschen Wirtschaft:
»Einkommensverteilung«

Die Einkommensungleichheit nimmt in Deutschland wie auch in vielen anderen Industrienationen tendenziell zu. Allerdings greift der Staat so stark in die Verteilung ein, dass von einem Auseinanderdriften der Gesellschaft keine Rede sein kann. Im Gegensatz zu den Markteinkommen ist der Unterschied zwischen den Nettoeinkommen zuletzt nahezu konstant geblieben. Denn einerseits zahlt der Staat Sozialleistungen wie Kindergeld, Renten, Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Andererseits erhebt die öffentliche Hand Steuern und Sozialabgaben – je höher das Einkommen, desto mehr muss der Bürger an den Fiskus bezahlen. Das oberste Zehntel der Einkommensbezieher schultert mehr als die Hälfte der Einkommenssteuerlast. Das untere Fünftel zahlt so gut wie gar keine Einkommenssteuer, bezieht aber einen Großteil der staatlichen Transfers. Zu viel Umverteilung hat jedoch einen unerwünschten Nebeneffekt: Die Leistungsträger werden sich kaum ins Zeug legen, wenn der Staat sie um die Früchte ihrer Arbeit bringt. Nur wenn harte Arbeit, Wissen und Fähigkeiten belohnt werden, entsteht ein Anreiz, in die eigene Bildung und die der Kinder zu investieren. Letztlich ist auch den Einkommensschwächeren gedient, wenn die Leistungsbereitschaft der Starken erhalten bleibt. Denn in einer wachsenden Volkswirtschaft verbessern sich in der Regel auch die Einkommen der unteren Schichten. Das gilt auch dann, wenn die Einkommen der Besserverdiener schneller wachsen und die Einkommensverteilung im Ergebnis ungleicher wird.

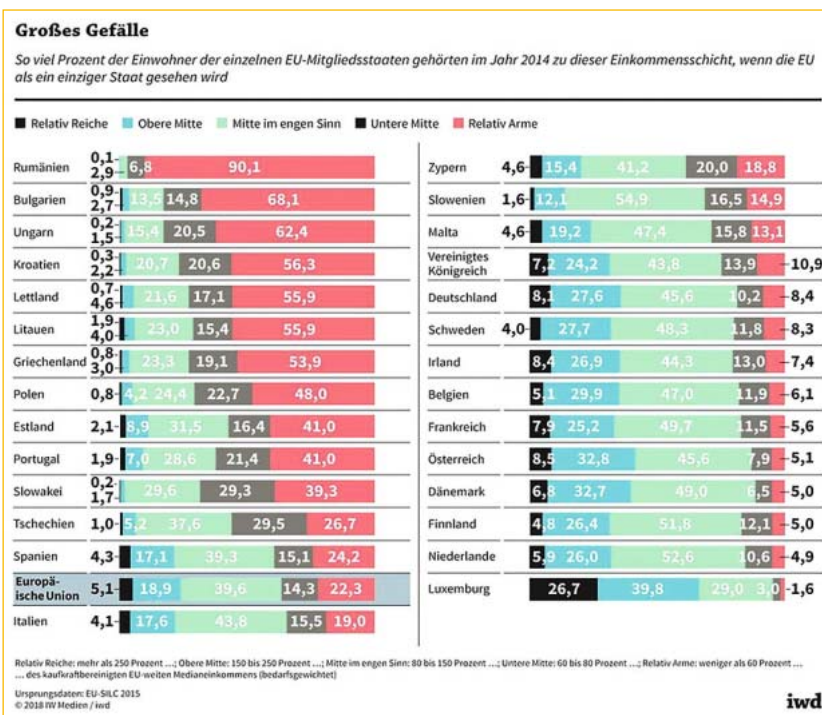
© www.iwkoeln.de/themen/einkommen-und-vermoegen/einkommensverteilung.html (zuletzt aufgerufen 1.3.2018)

M 11 iwd – Studie (2018): »Unterschiedliche Lebensverhältnisse in Europa«

Reichtum und Armut sind auch eine Frage des Maßstabs: Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat analysiert, wie sich die Einkommensverteilung in den EU-Mitgliedstaaten verschiebt, wenn die Europäische Union als ein einziges Land betrachtet wird.

Die Ergebnisse zeigen, wie groß die Unterschiede noch immer sind. (...) Nach IW-Abgrenzung gilt als relativ reich, wer mehr als 250 Prozent des landesspezifischen mittleren Einkommens verdient. Armutsgefährdet ist dagegen, wer weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens bezieht. In einer Studie hat das IW die Ländergrenzen hinter sich gelassen: Mit Hilfe von Kaufkraftparitäten wurden die nationalen Währungen in Kaufkraftstandards (KKS) umgerechnet. Mit jedem KKS kann man in allen Ländern die gleiche Menge Waren und Dienstleistungen kaufen. Das europaweite Medianeinkommen lag 2014 bei 1.311 KKS, in deutschen Preisen wären das 1.370 Euro. (...) Wenn man die nationalen Grenzen durch die europäischen ersetzt, sinkt die Armutsgefährdungsquote für Deutschland von 16,5 auf 8,4 Prozent. Und: Mehr als ein Drittel der Bundesbürger zählt dann zur oberen Mitte und zu den Einkommensreichen.

© www.iwd.de/artikel/unterschiedliche-lebensverhaeltnisse-in-europa-377628/4



M 13 »Großes Gefälle«, Einkommensgefälle in der Europäischen Union.

© iwd, 2018, ebenda



M 14 »Für soziale Gerechtigkeit! Wählen Sie einfach ...«

© Schwarwel, 2017, dpa

M 15 Sebastian Schoepp: »Das Bedürfnis nach Gerechtigkeit hat seine politische Heimat verloren«, Süddeutsche Zeitung, 25.2.2018

Weil die klassische Linke gescheitert ist, können sich jetzt Rechtspopulisten als einzige Alternative zum Marktliberalismus aufspielen. Die Epoche der Ideologien ist zu Ende. Sie hat irrwitzigen Konstellationen Platz gemacht.

Kurz vor seinem Tod 1942 im Exil ließ der Schriftsteller Stefan Zweig »Die Welt von Gestern« auferstehen, jene der großen Imperien, die er gekannt hatte und die spätestens mit dem Zweiten Weltkrieg untergegangen war. Viel deutet darauf hin, dass es erneut ansteht, eine »Welt von gestern« zu verabschieden: nämlich jene, die den Regeln der Nachkriegszeit gehorchte. Eine postideologische Epoche ist angebrochen, in der sich etwa ein formal kommunistisches China als turbokapitalistische Warenschleuder gebärdet. An die Stelle des Rechts-links-Schemas beginnt in vielen Ländern – auch in Deutschland – ein neuer Dualismus zu treten, nämlich der zwischen einem im weitesten Sinne liberalen und einem identitären Lager.

Die Konstellationen, die daraus folgen, sind erst undeutlich zu erkennen. Klar ist nur, dass die meisten Menschen ihre politische Position, ja ihre Verortung in der Welt, neu werden bestimmen müssen. (...)

Das ist eine direkte Folge des Sieges der freien Marktwirtschaft und des »digitalen Dataismus«. In der Welt von heute wird das Leben »vom liberalen Paket aus Individualismus, Menschenrechten, Demokratie und freiem Markt beherrscht«, wie der Historiker Yuval Noah Harari feststellt. Wobei mit »liberal« ein viel breiteres Spektrum gemeint ist als das der FDP. Es geht eher um jenes, das von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron, den spanischen »Ciudadanos« und dem Merkelismus repräsentiert wird: Es ist eine Art Sammlungsbewegung derer, die mit der Welt des freien Daten- und Warenflusses, offenen Grenzen und schrankenloser Mobilität zufrieden sind und auch glauben, davon zu profitieren.

Die SPD nutzte die rechnerische linke Mehrheit (der Bundestagswahlen 2013: J.K.) nicht. Verliererin ist die Linke. 1997 führten Sozialdemokraten zwölf Regierungen in der EU, heute sind es drei: die von Portugal, Schweden und die in Italien, die die Wahlen Anfang März 2018 kaum überstehen wird. Die Regierungen der Slowakei und Rumäniens sind nur dem Namen nach sozialdemokratisch. Griechenlands linke Regierung hat sich dem Druck Brüssels gebeugt und betreibt knallharte Realpolitik, weil ihr nichts anderes übrig bleibt.

In Deutschland gab es noch nach der Bundestagswahl 2013 eine rechnerische linke Mehrheit, die die SPD aber nicht nutzte, weil sie sich schon damals weniger als linke Partei identifizierte denn als sozialpolitisches Gewissen des liberalen Blocks. 2017 stand dann bereits vor der Wahl fest, dass es im Grunde egal war, ob man CDU, SPD, FDP oder Grüne wählte, es kam am Ende immer Merkel heraus. Das hat am Ende die AfD – und nicht die Linke – zur größten Oppositionspartei gemacht; so wie in Frankreich nicht mehr die Sozialistische Partei, sondern der Front National sich als Alternative zu Macron geriert. Der Niedergang der Linken ist umso erstaunlicher, als es eigentlich ein wachsendes Gerechtigkeitsbedürfnis auf der Welt gibt. Doch dieses ist politisch heimatlos. Schon der Postmarxismus von Ernesto Laclau und Thomas Piketty war keine originär linke Ideologie mehr, sondern forderte eine Marktwirtschaft mit menschlichem Antlitz. In Lateinamerika und Südeuropa erlebte der Postmarxismus in den Nullerjahren und kurz danach eine Blüte. Gescheitert ist er, weil er

nur mit Abschottung und Autarkie funktioniert. Sich aber außerhalb des gängigen Wirtschafts- und Finanzsystems zu stellen, hält heute außer Nordkorea keiner mehr durch. Inzwischen wird die freie Waren- und Datenwelt von den meisten Menschen akzeptiert, wenn nicht begrüßt. »Vergessen Sie die Revolution, die Leute wollen ihr iPhone«, sagt der spanische Soziologe Manuel Arias Maldonado. Umwälzungen sind nicht erwünscht, wenn sie mit Verzicht einhergehen. Auch diejenigen, die am Ende der Lohnpyramide stehen, brauchen den Packerjob bei Amazon, um zu überleben. Und andere Jobs hatten auch die Postmarxisten nicht zu bieten.

Antikapitalismus, früher fester Bestandteil des Linksseins, ist längst eine Attitüde mehr inmitten der liberalen Vielfalt, wohlfeil wie das Che-Guevara-Shirt im Internet-Shop. Heute definiert sich eine dynamisch-mobile Linke über Werte wie Minderheitenschutz, Feminismus, Transparenz, die genauso gut als liberale Forderungen durchgehen. Das Scheitern der klassischen Linken aber war die Voraussetzung dafür, dass sich Rechtspopulisten nun als einzige Alternative zum Marktliberalismus aufspielen können. Ja, sie stahlen der Linken Kapitalismuskritik und Antiamerikanismus – und fügten den Fremdenhass hinzu. (...)

Die ideologische Heimatlosigkeit vieler Wähler hat irrwitzige Konstellationen entstehen lassen: Donald Trump etwa ist im Diskurs ein »Identitärer«, wirtschaftlich aber könnte er mit argentinischen Linkspersonen konkurrieren. Ein europäischer TTIP-Gegner müsste Trump wegen dessen Abschottungspolitik jubeln; geht aber nicht – denn es ist ja Trump. In Ungarn kokettieren die Rest-Linken mit den Identitären von Jobbik, um die anderen Identitären von Viktor Orbán zu stoppen. In Katalonien haben sich Parteien aller Couleur unter dem identitären Banner gefunden, um das kleine Katalonien von der bösen, korrupten Welt abzukapseln.

Mit solchen Herausforderungen muss der Liberalismus lernen umzugehen. Denn allen Segnungen der Freiheit zum Trotz: Es gibt in vielen Menschen jene Sehnsucht nach Gerechtigkeit, familiärer Verankerung und Identität, die im Rausch der Datengeschwindigkeit eher wächst. Das war schon im 19. Jahrhundert so, als die Industrialisierung als Gegenbewegungen die Romantik hervorrief. Empathie entwickeln, Menschen einbinden, die sich ängstigen um ihren Job in einer Welt, in der die Arbeit verschwindet – das aber müssen Liberale erst noch lernen; vielleicht ja von den Werten der alten Linken.

© www.sueddeutsche.de/politik/zeitenwende-welt-von-morgen-1.3880714

Offiziell inszeniert sich die AfD als Partei der Geringverdiener und Schwachen. Doch ein Blick in das frisch beschlossene Programm zeigt: In Wahrheit macht sie knallharte Klientelpolitik für Besserverdiener und die Wirtschaftslobby.

»Der Islam gehört nicht zu Deutschland.« Mit diesem Satz erregt die AfD derzeit bundesweites Aufsehen nach ihrem Parteitag. Es ist eine Art neues Leitmotiv ihres frisch beschlossenen Programms. In der Empörung geht unter, was ihr bald noch viel größere Probleme bereiten könnte. Vor allem Nichtwähler, Arbeitslose und Arbeiter machen ihr Kreuz bei der AfD. Sie will Schutzmacht der kleinen Leute sein: »Partei des sozialen Friedens«, die für »Solidarität gegenüber den Schwachen« stehe (...). Doch ein Blick auf die nun offiziell beschlossenen Ziele der Partei entlarvt das als Lippenbekenntnis. Die AfD geriert sich als Anwalt der Geringverdiener. Und macht in Wahrheit knallharte Klientelpolitik für Firmen und Reiche. Nirgends werden die Widersprüche im Programm deutlicher als in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einerseits propagiert die AfD soziale Gerechtigkeit: Den Mindestlohn will sie beibehalten, die Bundesagentur für Arbeit auflösen. Familien will sie stärker fördern, indem die Anzahl der Kinder und Erziehungsleistungen bei der Rente angerechnet werden. Andererseits fordert sie den Rückzug des Sozialstaats: »Gegebenenfalls erforderliche staatliche Eingriffe sind auf das notwendige Minimum zu begrenzen«. Die AfD will einen »schlanken, aber starken Staat. Einen Staat, auf den Verlass ist, wo man ihn braucht, und der dem Unternehmer keine bürokratischen Knüppel zwischen die Beine wirft.« Ihr Programm liest sich in Teilen wie eine Broschüre der Arbeitgeberverbände: »Wir wollen auf breiter Front deregulieren. Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle.« Selbst bei der FDP finden sich solche Sätze nicht.

Auch beim Steuerrecht macht die AfD mitnichten Politik für die kleinen Leute. Zwar plant die Partei, das Steuerrecht drastisch zu vereinfachen, um Mittel- und Geringverdiener sowie Familien zu entlasten. Dafür strebt die AfD »einen neuen Einkommensteuertarif mit wenigen Stufen und einem deutlich höheren Grundfreibetrag« an. Das Problem ist nur: Besserverdiener profitieren von diesem System stärker als Geringverdiener, weil sie im Vergleich zum heute geltenden Recht viel mehr entlastet werden. Die AfD-Pläne sind angelehnt an das Stufenmodell des ehemaligen Verfassungsrichters Paul Kirchhof, der dafür schon im Wahlkampf 2005 als Schatten-Finanzminister von Angela Merkel Kritik erntete.



M 18 »Deutschland ist nicht das Sozialamt der Welt«

© Gerhard Mester, 2016

Und noch ein viel klareres Zugeständnis an Reiche und Firmen findet sich im AfD-Programm: Die Erbschafts- und Vermögenssteuer will die Partei gleich ganz abschaffen, die Gewerbesteuer auf den Prüfstand stellen. Woher die fehlenden Einnahmen kommen sollen, sagt sie nicht. Auch weite Teile von Union und FDP sehen die Erbschaftssteuer kritisch, weil sie oft mittelständische Betriebe trifft und so womöglich Jobs bedroht. Doch selbst die Konservativen und Liberalen wollen die Steuer lediglich nicht weiter erhöhen, statt sie ganz abzuschaffen.

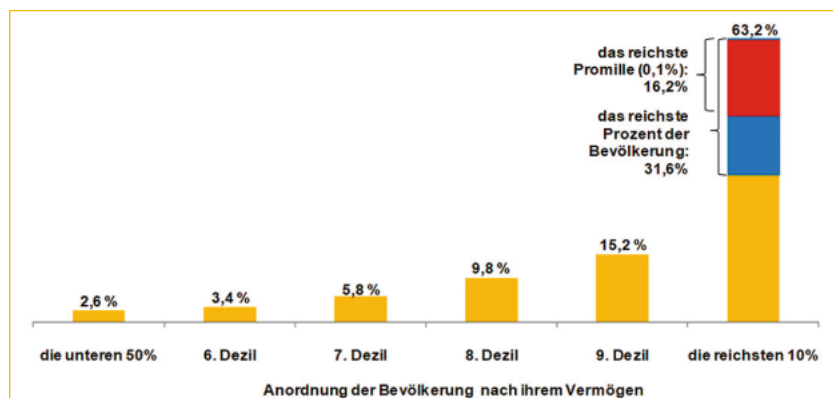
Und auch für Steuerhinterzieher hat die AfD offenbar ein Herz. Sie will das Bank- und Steuergeheimnis wiederherstellen: »Steuerdaten deutscher Bürger sind sensible Daten und sollten vom Staat vertraulich behandelt und nicht mit anderen Institutionen oder fremden Staaten ausgetauscht werden.«

Neben den Widersprüchen im Programm klaffen wie bei den meisten Themen in der AfD auch in puncto Wirtschaftspolitik noch tiefere Gräben zwischen Parteispitze und der immer radikaleren Basis. Der Flügel um den vergleichsweise gemäßigten Parteichef Jörg Meuthen will eine neoliberale Marktwirtschaft. Hardliner wie Thüringens Landeschef Björn Höcke eher einen völkischen Sozialismus.

»Die soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten oder alt nach jung«, sagte Höcke in Schweinfurt nur zwei Tage vor dem Stuttgarter Parteitag. »Die neue deutsche soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen«, sagte Höcke mit Blick auf Einwanderer, Flüchtlinge und andere Nationen.

Höcke hat bereits gefordert, dass die AfD das Thema soziale Gerechtigkeit zum Schwerpunktthema macht. Die wirtschaftsliberalen Ziele des Parteiprogramms trägt er nicht mit: »Ich traue den Großbanken und Hedgefonds nicht. Ich traue dem Kapital und dem ungedeckten Papiergeld nicht. Eine neue deutsche Politik hat alles zu unternehmen, die Nation als Vertrauens- und Solidargemeinschaft zu erhalten.« Auf Dauer kann die AfD schwer beides sein: Anwalt der Schwachen und Interessenvertreter der Konzernlobby, völkisch sozial und wirtschaftsliberal. Sie wird sich irgendwann entscheiden müssen.

© www.n-tv.de/wirtschaft/Die-AfD-taeuscht-die-kleinen-Leute-article17613376.html



M 17 »WSI-Studie zur Vermögensverteilung in Deutschland«

© Spannagel, 2017